

Anlage 5

Strafvorschriften

§ 86 StGB - Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

(1) Wer Propagandamittel

1. einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder einer Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, daß sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist,
2. einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, daß sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist,
3. einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, die für die Zwecke einer der in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen tätig ist, oder
4. Propagandamittel, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen,

im Inland verbreitet oder zur Verbreitung im Inland oder Ausland herstellt, vorrätig hält, einführt oder ausführt oder in Datenspeichern öffentlich zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

- (2) Propagandamittel im Sinne des Absatzes 1 sind nur solche Schriften (§ 11 Abs. 3), deren Inhalt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist.
- (3) Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.
- (4) Ist die Schuld gering, so kann das Gericht von einer Bestrafung nach dieser Vorschrift absehen.

§ 86 a StGB - Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. im Inland Kennzeichen einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen verbreitet oder öffentlich, in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften (§ 11 Abs. 3) verwendet oder
2. Gegenstände, die derartige Kennzeichen darstellen oder enthalten, zur Verbreitung oder Verwendung im Inland oder Ausland in der in Nummer 1 bezeichneten Art und Weise herstellt, vorrätig hält, einführt oder ausführt.

(2) Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 sind namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen. Den in Satz 1 genannten Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.

(3) § 86 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 130 StGB – Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder
2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Absatz 3), die zum Hass gegen eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder ihre Menschenwürde dadurch angreifen, dass sie beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,
 - a) verbreitet,
 - b) öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,
 - c) einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht oder
 - d) herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Buchstaben a bis c zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder
2. eine Darbietung des in Nummer 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste verbreitet.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

- (5) Absatz 2 gilt auch für Schriften (§ 11 Abs. 3) des in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Inhalts.
- (6) In den Fällen des Absatzes 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, und in den Fällen der Absätze 3 und 4 gilt § 86 Abs. 3 entsprechend.

§ 46 StGB - Grundsätze der Strafzumessung

- (1) Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe. Die Wirkungen, die von der Strafe für das künftige Leben des Täters in der Gesellschaft zu erwarten sind, sind zu berücksichtigen.
- (2) Bei der Zumessung wägt das Gericht die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander ab. Dabei kommen namentlich in Betracht:
- die Beweggründe und die Ziele des Täters,
die Gesinnung, die aus der Tat spricht, und der bei der Tat aufgewendete Wille,
das Maß der Pflichtwidrigkeit,
die Art der Ausführung und die verschuldeten Auswirkungen der Tat,
das Vorleben des Täters, seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie sein Verhalten nach der Tat, besonders sein Bemühen, den Schaden wieder-gutzumachen, sowie das Bemühen des Täters, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen.
- (3) Umstände, die schon Merkmale des gesetzlichen Tatbestandes sind, dürfen nicht berücksichtigt werden.

English version

Criminal provisions – German Criminal Code

Section 86 - Dissemination of propaganda material of unconstitutional organisations

- (1) Whosoever within Germany disseminates or produces, stocks, imports or exports or makes publicly accessible through data storage media for dissemination within Germany or abroad, propaganda material
1. of a political party which has been declared unconstitutional by the Federal Constitutional Court or a political party or organisation which has been held by final decision to be a surrogate organisation of such a party;
 2. of an organisation which has been banned by final decision because it is directed against the constitutional order or against the idea of the comity of nations or which has been held by final decision to be a surrogate organisation of such a banned organisation;
 3. of a government, organisation or institution outside the Federal Republic of Germany active in pursuing the objectives of one of the parties or organisations indicated in Nos 1 and 2 above; or
 4. propaganda materials the contents of which are intended to further the aims of a former National Socialist organisation,

shall be liable to imprisonment of not more than three years or a fine.

- (2) Propaganda materials within the meaning of subsection (1) above shall only be written materials (section 11 (3)) the content of which is directed against the free, democratic constitutional order or the idea of the comity of nations.
- (3) Subsection (1) above shall not apply if the propaganda materials or the act is meant to serve civil education, to avert unconstitutional movements, to promote art or science, research or teaching, the reporting about current or historical events or similar purposes.
- (4) If the guilt is of a minor nature, the court may order a discharge under this provision.

Section 86 a - Using symbols of unconstitutional organisations

(1) Whosoever

1. domestically distributes or publicly uses, in a meeting or in written materials (section 11 (3)) disseminated by him, symbols of one of the parties or organisations indicated in section 86 (1) Nos 1, 2 and 4; or
2. produces, stocks, imports or exports objects which depict or contain such symbols for distribution or use in Germany or abroad in a manner indicated in No 1,

shall be liable to imprisonment of not more than three years or a fine.

- (2) Symbols within the meaning of subsection (1) above shall be in particular flags, insignia, uniforms and their parts, slogans and forms of greeting. Symbols which are so similar as to be mistaken for those named in the 1st sentence shall be equivalent to them.
- (3) Section 86 (3) and (4) shall apply mutatis mutandis.

Section 130 – Incitement to hatred

(1) Whosoever, in a manner capable of disturbing the public peace,

1. incites hatred, or calls for violent or arbitrary measures against a national, or a racial, or a religious group, or a group characterised by their ethnic origin, or against parts of the population, or against an individual on account of his belonging to a group denoted above or to part of the population, or
3. assaults the human dignity of others by insulting, maliciously maligning or defaming a group denoted above, parts of the population, or an individual on account of his belonging to a group denoted above or to part of the population

shall be liable to imprisonment from three months to five years.

(2) Whosoever

1. In respect of writings (Section 11 subsection [3]) which incite hatred, or call for violent or arbitrary measures, against a group denoted above, or against parts of the population, or against an individual on account of his belonging to a group denoted above or to part of the

population, or which assault their human dignity by insulting, maliciously maligning, or defaming them;

- a) disseminates them,
 - b) publicly displays, posts, presents, or otherwise makes them accessible,
 - c) offers, gives or makes them accessible to a person under eighteen years, or
 - d) produces, obtains, supplies, stocks, offers, announces, commends, undertakes to import or export them, in order to use them or copies obtained from them within the meaning of numbers (a) through (c) or facilitate such use by another, or
2. disseminates a presentation of the content indicated in number 1 through radio, media or teleservices,

shall be liable to imprisonment for not more than three years or a fine.

Section 46 - Principles of sentencing

- (1) The guilt of the offender is the basis for sentencing. The effects which the sentence can be expected to have on the offenders future life in society shall be taken into account.
- (2) When sentencing the court shall weigh the circumstances in favour of and against the offender. Consideration shall in particular be given to
 - the motives and aims of the offender;
 - the attitude reflected in the offence and the degree of force of will involved in its commission;
 - the degree of the violation of the offenders duties;
 - the modus operandi and the consequences caused by the offence to the extent that the offender is to blame for them;
 - the offenders prior history, his personal and financial circumstances;
 - his conduct after the offence, particularly his efforts to make restitution for the harm caused as well as the offenders efforts at reconciliation with the victim.
- (3) Circumstances which are already statutory elements of the offence must not be considered.